

Politische Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung: Langjährige Forderung des SoVD erfüllt

Landtag kippt Wahlrechtsausschluss

Menschen mit geistiger Behinderung, die in allen Angelegenheiten voll betreut werden, dürfen in Niedersachsen ab sofort an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen. Das hat der Niedersächsische Landtag jetzt mit großer Mehrheit beschlossen. Der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer kommentiert die Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses mit deutlichen Worten: „Das wurde auch Zeit!“

Die neue Regel greift zum ersten Mal bei den rund 80 bevorstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen, von denen die meisten parallel zur Europawahl am 26. Mai stattfinden. An der Europawahl selbst können die landesweit rund 10.000 Betroffenen dagegen noch nicht teilnehmen: Dafür bräuchte es eine Entschei-

dung auf Bundesebene. Das Bundesverfassungsgericht hatte den pauschalen Wahlrechtsausschluss Anfang des Jahres für verfassungswidrig erklärt. Niedersachsen habe darauf als erstes Bundesland gesetzgeberisch reagiert, so Landesinnenminister Boris Pistorius. Ausnahmen soll es künftig nur noch geben, wenn ein Richter feststellt, dass eine Person nicht in der Lage ist, die politischen Prozesse zu verstehen und ihre politische Meinung zu kommunizieren.

„Wir begrüßen es sehr, dass die Politik jetzt endlich handelt und Menschen mit Behinderung nicht länger diskriminiert“, betont SoVD-Chef Bauer. Es sei allerdings bedauerlich, dass es erst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts brauche, damit



Mehr Gleichberechtigung in Niedersachsen: Auch Menschen mit Behinderung, die in allen Angelegenheiten voll betreut werden, können jetzt wählen. Foto: Stefanie Jäkel

sich bei dem Thema etwas bewege. „Die UN-Behindertenrechtskonvention, die vor genau zehn Jahren in Kraft getreten ist, verpflichtet den Gesetzge-

ber bereits, die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Die Politikerinnen und Politiker hatten also genügend Zeit, entspre-

chende Änderungen anzuschließen“, kritisiert Bauer. Wichtig sei jetzt, dass die Bundesregierung nachziehe und die Regelung ebenfalls zügig umsetze.

LAK gründet symbolische Landeswohnungsgesellschaft

Starke Aktion für mehr bezahlbaren Wohnraum

Die Landesarmutskonferenz (LAK), in der sich der SoVD in Niedersachsen und zahlreiche Partner engagieren, hat vor dem Landtag in Hannover eine symbolische Landeswohnungsgesellschaft gegründet und Bauminister Olaf Lies die Gründungsurkunde überreicht.

Die Aktion sollte politischen Druck erzeugen,

um die Gründung einer gemeinnützigen Landeswohnungsgesellschaft voranzutreiben – als Mittel gegen die dramatische Wohnungsnot in vielen Städten und Gemeinden Niedersachsens. Besonders angespannt ist die Lage in Ballungsräumen und Universitätsstädten. Hier leiden fast alle Einkommensgruppen unter steigender

Mietbelastung. Insgesamt fehlen in Niedersachsen 110.000 bezahlbare Wohnungen. Bis 2005 waren über die Immobiliengesellschaft NILEG der Nord/LB rund 30.000 Wohnungen im Landesbesitz. Doch dann wurde die Gesellschaft an einen US-Investor verkauft. Mit einer neuen landeseigenen Wohnungsgesellschaft könnte die öffentliche Hand selbst Mietpreise festlegen und so dauerhaft bezahlbaren Wohnraum gewährleisten.

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis und elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land und inzwischen die soziale Frage“, betonte Bauminister Lies jüngst und kündigte ein Förderprogramm für 40.000 neue Sozialwohnungen an. Die Neugründung einer Landeswohnungsgesellschaft ist jedoch nicht geplant.



Clever inszeniert: Die Übergabe der symbolischen Gründungsurkunde an Bauminister Olaf Lies (links) lockte zahlreiche Medienvertreter an. Foto: Christian Winter

DRV Braunschweig-Hannover

SoVD begrüßt neuen Geschäftsführer



Zu Besuch in der SoVD-Landesgeschäftsstelle (von links): Jan Miede, Uwe Kolakowski, Dirk Westphal und Marc Schoke von der DRV mit ihren Gastgebern Dirk Kortylak und Adolf Bauer. Foto: Christian Winter

Der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer hat Jan Miede als neuen Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover und weitere DRV-Vertreter zu einem Gedankenaustausch im SoVD-Haus in Hannover empfangen.

In dem Gespräch ging es neben allgemeinen sozialpolitischen Themen insbesondere um Fragen zu Mütterrente, Rentenformel und Altersarmut. Beide Seiten

waren sich einig, dass die private und betriebliche Altersvorsorge wegen der schwierigen Situation an den Kapitalmärkten an Wirkung verloren habe. Als Lösungsansatz schlug Miede vor, die betriebliche Altersvorsorge an die gesetzliche Rentenkasse anzubinden. Bauer lobte die Fortschritte der DRV in puncto Digitalisierung: „Es ist gut, dass bestimmte Anträge auch elektronisch gestellt werden können.“